

(A) auf den Weg bringen wollten, nämlich Leuchtturmprojekte mit einer entsprechenden Nachhaltigkeit, die über Jahre wirken. Sehen Sie in Bremerhaven das Risiko, dass das dort ähnlich sein könnte?

**Staatsrat Dr. Heseler:** Wir sind in gewisser Weise bei der Kultur- und Kreativwirtschaft noch in einem frühen Stadium. Daher ist nachvollziehbar, dass nicht jedes Projekt ein Leuchtturmprojekt sein kann. Dabei wird es auch Ausfälle geben. So ist es aber auch bei anderen Fördermaßnahmen der Fall gewesen. Im Übrigen möchte ich gern darauf hinweisen, dass wir in Bremen noch nicht alle Projekte abgeschlossen haben. Wir haben ja gestern über ein Projekt gesprochen, für das die Mittel zwar bewilligt sind, das aber noch nicht läuft. Wir müssen also bei der Umsetzung auch betrachten, wie sich die Projekte entwickeln. Ich gehe davon aus, dass ein Teil dieser Projekte durchaus Leuchtturmcharakter hat, aber dass das nicht für alle Projekte gelten wird. Das ist, so glaube ich, jedoch vorher klar gewesen. So etwas müssen wir in Kauf nehmen. Das ist ein bisschen anders, als wenn wir Wissenschaftsförderung oder innovationsorientierte Projekte betreiben. Dafür gibt es Erfahrungen über eine lange Zeit und eine gute Vernetzung. Die muss in der Kultur- und Kreativwirtschaft erst noch entstehen.

(B) **Präsident Weber:** Herr Kollege Kottisch, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Kottisch** (SPD): Ja, bitte! Herr Staatsrat, sehen Sie die Möglichkeit, dass wir, nachdem dieser Wettbewerbsrat seine Auswahl getroffen hat, in der Wirtschaftsdeputation damit begrüßt werden und wir uns die ausgewählten Projekte vor der Umsetzung ansehen können?

**Staatsrat Dr. Heseler:** Ja, das dürfte kein Problem sein! Die WFB macht das für Bremen, die BIS für Bremerhaven. Ich denke, wir können die Ergebnisse der Auswahlverfahren beider Städte in der Deputation darstellen. Ich werde das anregen.

(Abg. **K o t t i s c h** [SPD]: Vielen Dank!)

**Präsident Weber:** Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage von dem Abgeordneten Werner! – Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank! Herr Staatsrat, Sie haben von dem Wettbewerb in Bremerhaven analog zu dem Stadtbremer Wettbewerb gesprochen, wenn ich es richtig verstanden habe. Können Sie sagen, wie der Wettbewerbsbeirat in Bremerhaven zusammengesetzt ist? In Bremen war das ja ein vorbildliches Beteiligungsmodell, an dem auch die Szenevertreter und zum Teil sogar die Antragsteller selber beteiligt waren.

**Staatsrat Dr. Heseler:** Ich gehe davon aus, dass das auch in Bremerhaven der Fall ist; das ist ja unser Ziel gewesen. Ich würde vorschlagen, dass wir dann, wenn wir uns in der Deputation damit befassen, auch darstellen, wer im Beirat sitzt. Ich persönlich weiß es jetzt nicht genau. Aber unser Anliegen und auch der Szene war natürlich, selbst darin vertreten zu sein.

**Präsident Weber:** Herr Kollege Werner, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, eine hätte ich noch! Sie haben gesagt, der Einsendeschuss für die Bewerbungen war Anfang 2014. Warum war der so viel später als in Bremen für Mittel, die eigentlich für 2012 und 2013 vorgesehen waren?

Eine Frage, die dazugehört: Gab es 2011 nach den Haushaltsberatungen keine Interessensbekundungen aus der Szene? Das ist ja zwei Jahre lang groß in der Presse aufgetaucht und überall kommuniziert worden.

**Staatsrat Dr. Heseler:** Nach meinen Kenntnissen hat man selbst in Bremen für die Auswahl und dann das Inangsetzen der Projekte viel länger gebraucht hat, als wir gedacht haben. Das zeigt und ist ein Beleg dafür, dass dies noch keine so gewachsene Szene ist, wie das in anderen Wirtschaftsbereichen der Fall ist. Bremerhaven hat da noch mehr Rückstände. Es gibt dort keine entwickelte Kultur- und Kreativwirtschaft, die schnell auch mal Projekte entwickeln und Förderanträge stellen kann. Das ist, so glaube ich, der wesentliche Grund. Das muss man nicht kritisieren. Aber so ist die Situation. Das bestätigt auch, dass diese Projektidee ganz richtig gewesen ist.

**Präsident Weber:** Herr Kollege Werner, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. **W e r n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nein, vielen Dank!)

Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Ich glaube, die beiden Klassen aus Niedersachsen sind erst jetzt eingetroffen. Ist das richtig?

(Zuruf)

Aus Bremerhaven! So, dann habe ich Sie jetzt umgekehrt begrüßt.

Also, seien Sie alle jetzt herzlich willkommen!

(Beifall)

Die zwölfte Anfrage der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Rechnungsbearbeitungen für Beihilfeberechtigte**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften

(C)

(D)

(A) der Abgeordneten Dirk Schmidtman, Dr. Hermann Kuhn, Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Schmidtman!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank!

Erstens: Wie lange dauert derzeit die Bearbeitungsdauer der von Beihilfeberechtigten eingereichten Rechnungen vom Eingang bis zur Zahlung?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat die wirtschaftliche Situation Beihilfeberechtigter, die in Vorlage für beihilfefähige Rechnungen treten müssen, wenn die Bearbeitungsdauer bei Performa Nord zu lange dauert?

Drittens: Gibt es bundesweit Regelungen für Abschlagszahlungen für Beihilfeberechtigte, und ist der Senat bereit, Regelungen zu normieren, damit Beihilfeberechtigte unverzüglich Abschlüsse auf beihilfefähige Rechnungen erhalten?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

**Bürgermeisterin Linnert:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

(B) Zu Frage 1: Die Bearbeitungsdauer der Beihilfeanträge bei Performa Nord beträgt zurzeit zwei bis drei Wochen. Damit liegt Bremen im Durchschnitt der Bundesländer.

Zu Frage 2: Die jeweils durch die Bezahlung von Arztrechnungen eintretende wirtschaftliche Situation des einzelnen Beamten entzieht sich der Kenntnis des Senats. Der Senat verkennt jedoch nicht die finanziellen Belastungen der Beamten und Versorgungsempfänger aufgrund der in der Vergangenheit eingetretenen längeren Bearbeitungszeiten. Performa Nord hatte daher in Einzelfällen mit den Betroffenen eine Lösung gefunden sowie eine Härtefallregelung zur vorrangigen Bearbeitung von Beihilfeanträgen mit hohen Aufwendungen eingeführt, um übermäßige Belastungen zu vermeiden.

Die Rückstände in der Antragsbearbeitung sind durch die Umsetzung personeller und organisatorischer Maßnahmen zwischenzeitlich aufgearbeitet worden. Insbesondere ist dies jedoch auch dem hohen persönlichen Arbeitseinsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beihilfefestsetzungsstelle zu verdanken.

Zu Frage 3: Mit der Regelung in Paragraph 13 Abs. 4 der Bremischen Beihilfeverordnung hat der Senat dies bereits getan. Diese Vorschrift entspricht der beim Bund und bei den Ländern geltenden Rechtslage. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Kollege Schmidtman, haben Sie eine Zusatzfrage?

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja! Frau Senatorin, gibt es darüber eine Information oder ein kleines Infoblatt an diesen Kreis der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

(C)

**Bürgermeisterin Linnert:** Ja, wir haben in der Zeit, als wir einen so hohen Bearbeitungsrückstand hatten, Informationen sowohl über den Betriebsausschuss und über die Öffentlichkeit als auch in Einzelfällen an die Personen selber gegeben, um zu sagen: Wir sind in der Klemme. Wir wollen niemanden ärgern. Aber wir strengen uns an, das zu verbessern. Das ist so ungefähr bis April 2013 aufgelaufen. Ab dann ist der Bearbeitungsrückstand wieder aufgearbeitet worden. Das haben wir immer ganz offen kommuniziert. Bei der Personalknappheit, die es bei Performa gibt, glauben wir nicht, es schaffen zu können, immer so zeitnah zu sein, wie wir das gerne würden. Aber wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass wir in Probleme geraten sind.

**Präsident Weber:** Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Schmidtman [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Vielen Dank, Frau Senatorin!)

Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(D)

Die dreizehnte Anfrage der Fragestunde trägt die Überschrift „**Ärztliche Bedarfsplanung im Lande Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Brumma!

Abg. **Brumma** (SPD): Danke, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie wirken sich die Maßnahmen der neuen Bedarfsplanung auf das Land Bremen aus?

Zweitens: Bei welchen ärztlichen Angeboten gibt es in naher Zukunft eine Über- beziehungsweise eine Unterversorgung in der Stadt Bremen und in der Stadt Bremerhaven?

Drittens: In welcher Form werden gegebenenfalls zukünftig die Versorgungsräume in den jeweiligen Städten unseres Landes verändert, und gibt es konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssituation?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Schulte-Sasse.

**Senator Dr. Schulte-Sasse:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt: